Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:

Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Druckfehler- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch

60. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:

Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — **Kleine Anzeigen nur gegen Vorausbezahlung.**

Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Milkau.

Nr. 229 | Donnerstag, den 29. September. | **1932.**

Hilfe für die Landwirtschaft.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, hielt auf der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München eine Rede, in der er erklärte:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung enthält nur wenige Maßnahmen, die die Landwirtschaft unmittelbar berühren. Es soll der industriellen Arbeitslosigkeit steuern, die unser deutsches Volk in wirtschaftlicher und seelischer Beziehung bis ins Mark getroffen hat. Diese industrielle Arbeitslosigkeit spiegelt sich wieder in mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung und ungenügendem Absatz landwirtschaftlicher Produkte.

Die mangelnde Kaufkraft

Die Landwirtschaft weiß, daß das Arbeitslosenproblem der Städte in eminenter Weise auch ein agrarisches Problem ist.

Es ist leicht zahlenmäßig nachzuweisen, wie stark der Konsum an Milch, Butter und Käse, an Obst und Gemüse, infolge dieser mangelnden Kaufkraft zurückgegangen ist. Insoweit darf man also die Wirkungen des genannten Wirtschaftsprogramms auf die Landwirtschaft nicht unterschätzen; aber allein mit Erhöhung der Kaufkraft des Städters ist die Not der Bauern nicht zu bannen.

Das Absinken unserer Veredelungswirtschaft ist nicht zuletzt eine Folge der einseitig auf Förderung der Exportindustrie bedachten Handelspolitik der Nachinflationszeit, die zwecks Steigerung der deutschen Ausfuhr Zugeständnisse anderer Länder auf industriellem Gebiet dadurch erreichte, daß von uns zahlreiche Herabsetzungen landwirtschaftlicher Zölle bewilligt wurden.

Die Ueberflutung des inländischen Marktes mit ausländischen Agrarprodukten war die Folge.

Nach einigen Jahren schwerster Verluste auf diesem Gebiete beseitigte man die Getreidezollbindungen. Deutschland konnte nunmehr im Gegensatz zu früher in der Brotgetreideversorgung den Eigenbedarf selbst decken und gewann auch in der Futtergetreideversorgung ein früher nicht für möglich gehaltenes Maß von Unabhängigkeit, so daß es jetzt nur noch kleine Spitzenbeträge aus dem Ausland einführen muß. Leider hat man die gleichen durchgreifenden Maßnahmen wie bei Getreide nicht auch bei der Veredelungswirtschaft, insbesondere bei Vieh und Viehprodukten, bei Gemüse, Obst getroffen, wie andere Länder das schon lange getan haben.

Vermeidung des Zusammenbruchs

Heute steht der Index für Vieh auf 68 Prozent des Friedenspreises, der Index der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel mit Ausnahme der Düngemittel dagegen auf 110, der Bekleidungsgegenstände auf 115,3, der Sozialla sten auf 300 Prozent der Vorkriegszeit. Das sind Zustände, die zum völligen Zusammenbruch des bei weitem größten Zweiges, der Landwirtschaft, unweigerlich führen müssen.

Nun gibt es ja immer noch Fanatiker, die glauben, man könne das deutsche Volk auf die Dauer allein aus dem Export erhalten und billige Nahrungsmittel einführen. Ganz abgesehen davon, daß ich die Bedeutung des landgesessenen Bauern für den Staat höher einschätze, fürchte ich, wird man auch sonst unrecht behalten; denn die Entwicklung hat gezeigt, daß wir den Export nicht in der Hand haben.

Der Rückgang der Exportwerte von 1929 auf 1932 von 14,5 auf 6,5 Milliarden Mark spricht eine klare und eindeutige Sprache.

Die Reichsregierung ist entschlossen, zum Schutze einheimischer Produktion die Uebereinfuhren vom Ausland, deren wir mit Zöllen nicht Herr werden können von unseren Grenzen fernzuhalten, und hat beschlossen, die Einfuhr folgender landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontingentieren:

Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Tafeltrauben, die wichtigsten Sorten Obst, Radelschnittholz und Papierholz, Schlachtrinder, Speck und Schmalz, Butter (vorbehaltlich der besonderen Verhandlungen mit einzelnen Ländern), Käse, Karpfen, Erbsen, Reisabfälle.

Grad der Kontingentierung

Die Reichsregierung hat für diese Erzeugnisse bereits bestimmte Kontingentssätze festgelegt. Vor deren Veröffentlichung ist sie mit Rücksicht auf die handelspolitische Lage mit den beteiligten Ländern in Verbindung getreten.

Die mitgeteilte Liste stellt keine lückenlose Kontingentierung dar, wie sie von manchen Seiten der Landwirtschaft gefordert ist. Die Reichsregierung glaubt jedoch, eine Handelspolitik damit einzuleiten, die bei aller Rücksicht auf die Arbeitslosenfrage in der Exportindustrie auch der deutschen Landwirtschaft wieder ihren Platz an der Sonne verschafft.

Es gehe nicht an, daß z. B. deutsches Gemüse — wie das in zahlreichen Fällen vorgekommen ist — von unseren Gemüsebauern auf den Komposthaufen geworfen werden mußte, weil Auslandsware den Markt derart überschwemmt, daß die Produkte unverkäuflich bleiben; es geht nicht an, daß die Einfuhr Tausender von Rindern jede Aufzucht unmöglich macht und damit auf längere Sicht den städtischen Konsumenten schwersten Gefahren aussetzt.

Ich gebe bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß es unseren Nachbarländern gelingen möge, durch Beschränkung ihrer Erzeugung das Gleichgewicht ihrer Wirtschaft wiederzufinden. Im Lande mit der größten Weinbaufläche noch ein spezielles

Wort zum Weinbau.

Seine Lage ist infolge der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung verzweifelt. Auch eine Kontingentierung hätte derzeit nicht geholfen. Die Reichsregierung will aber den Winzerstand durch eine großzügige Erntefinanzierung und eine den Belangen des Weinbaues Rechnung tragende Regulierung der alten vom Reich gegebenen Winzerkredite helfen.

Druck der Zinsenlast

Von der Seite der Preise allein ist der Landwirtschaft jedoch nicht zu helfen. Vor allem sind es die Zinsen, die dem Landwirt ein nicht mehr tragbares Joch auferlegen.

Zwar ist die Schuldenlast der Landwirtschaft im Jahre 1932 etwa 6 Milliarden geringer als 1913. Um so schwerer wiegt es demgegenüber, daß die Zinslast in der letzten Jahr allein um rund 200 Millionen Mark größer gewesen ist als vor dem Kriege, und um so stärker drückt, als sie einen ganz unverhältnismäßig viel größeren Teil der Verkaufserlöse des Landwirts verschlingt.

Die deutsche Landwirtschaft hat in jedem der letzten drei Jahre 1,2 Milliarden Mark zugesetzt: 60 Prozent des Kleinbesitzes, 70 Prozent des Mittelbesitzes, 80 Prozent des Großbesitzes haben ihre Zinsen nicht mehr aus ihren Betriebsüberschüssen sondern aus der Substanz bezahlt.

Die Reichsregierung hat sich daher auf dem Gebiet der Hypothekenzinsen zu folgendem Wege entschlossen:

Erste Erleichterung

Die von den Landwirten für langfristige Hypotheken in den nächsten beiden Jahren zu tragende Zinslast wird um 2 Prozent, jedoch nicht unter 4 Prozent — auf das Jahr berechnet — erleichtert.

Der Landwirt hat diese 2 mal 2, also insgesamt 4 Prozent, die er in den beiden nächsten Jahren nicht zu zahlen braucht, bei den Tilgungshypotheken erst am Schlusse der Tilgungsperiode zu entrichten, ohne daß Zins und Zinseszins dafür berechnet wird. Auch bei den Hypotheken, die keiner Tilgung unterliegen, soll der fortfallende Zinsteil von 2 mal 2 = 4 Prozent bei der Rückzahlung des Darlehns beglichen werden, jedoch in voller Höhe nur dann, wenn die Rückzahlung nach etwa 8 Jahren erfolgt. Bei früherer Rückzahlung des Hypothekendarlehns ermäßigt sich der nachträglich zu entrichtende Zinsbetrag nach einer vorgesehenen Staffelung. Die Zinsen für die Pfandbriefe erfahren durch die Absenkung des Zinses der landwirtschaftlichen Hypotheken keine Kürzung, denn das Reich wird denjenigen Instituten, bei denen die landwirtschaftlichen Hypotheken mehr als 10 Prozent ihrer Deckungsmasse bilden, Gelegenheit geben, den durch die Zinskürzung eintretenden Ausfall an Zinseingängen zu finanzieren.

Die Zinssenkung erfolgt aber nicht nur beim Real-, sondern auch beim Personalkredit.

Sie ist durch die soeben erfolgte Senkung des Reichsbankdiskontsatzes von 5 auf 4 Prozent in die Wege geleitet. Um die notwendigen Voraussetzungen zum Abbau der überhöhten Zinszuschläge im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen zu schaffen, hat die Reichsregierung beschlossen, sich an der Vereinigung des Abschreibungsbedarfs bei den Genossenschaften, der infolge des wirtschaftlichen Rückganges entstanden ist, ausschlaggebend zu beteiligen. Sie hat sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß durch die Vereinigung der finanziellen Verhältnisse in den Genossenschaften es nunmehr erreicht werden wird, die Zinsen, die der letzte Kreditnehmer zu zahlen hat, auf ein angemessenes Maß zu senken. Hierzu haben die Genossenschaften im Unter- und Mittelbau durch erhebliche Minderung der von ihnen bisher erhobenen Zinsspanne beizutragen. Die Hilfe wird über die Preußische Zentralgenossenschaftskasse geleitet werden, deren Reorganisation hiermit Hand in Hand gehen wird.

Vergleichsordnung und Vollstreckungsschutz

Außer der Regelung der Zinsen und der Kontingentierung hat der Reichspräsident einem Vorschlage der Reichsregierung zugestimmt, die eine besondere Vergleichsordnung und einen stärkeren Vollstreckungsschutz für Besitzer und auch für Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke vorsieht. Der Hauptinhalt dieser Verordnungen ist folgender:

Das Mißverhältnis zwischen Zins und Rente im Laufe der letzten Jahre hat bei einer großen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe die Schulden auf ein Maß anwachsen lassen, daß die Forderungen der Gläubiger an rückständigen Zinsen und kurzfristig gewährtem Personalkredit vielfach uneinziehbar geworden sind. Zur erleichterten Herbeiführung eines die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes sichernden Vergleichs bietet die Notverordnung den Weg in der Form eines auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse abgestellten besonderen Vermittlungsverfahrens zwecks Aufstellung eines Schuldenregelungsplanes für landwirtschaftliche Betriebe.

Es ist vorgesehen, daß für den Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Aussicht auf einen Vergleich besteht, beim Amtsgericht ein Vermittlungsverfahren eröffnet wird, in welchem eine geeignete Vermittlungsperson einen Schuldenausgleich zwischen Gläubiger und Schuldner herbeizuführen sucht. Während der auf drei Monate beschränkten Dauer des Verfahrens soll der Schuldner vor Zugriffen auf sein Grundstück in bestimmtem Umfang geschützt werden.

Der Schuldenregelungsplan kann mit einer Zweidrittelmehrheit der ungesicherten Gläubiger mit bindender Wirkung auch gegen eine widersprechende Minderheit zur Annahme gelangen. Der beklagenswerte außerordentliche Tiefstand der Preise macht es den Betrieben, die in der Hauptsache auf den Absatz ihrer Erzeugnisse angewiesen sind, in besonderen Notfällen nicht möglich, auch nur die laufenden Annuitäten der ersten Hypothek zu begleichen. Sie würden die Auflage einer pünktlichen Zinszahlung, von der nach der bisherigen Ordnung des Immobiliar-Vollstreckungsschutzes die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens regelmäßig abhängig ist, vielfach nicht erfüllen können und damit der Zwangsversteigerung verfallen. In gleicher Lage sind diejenigen Betriebe, bei denen Unwetter und Viehseuchen zu einem außerordentlichen Rückgang der Betriebserträgnisse geführt haben. Es ist daher in der Notverordnung vorgesehen, daß für diese Betriebe die einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung auch dann vorgenommen werden kann, wenn die Nichterfüllung der Verbindlichkeit auf außerordentliche Verluste der Betriebserträgnisse durch Unwetter oder Viehseuchen zurückzuführen ist oder darin ihren Grund hat, daß die Preise der Produkte, auf deren Erzeugung der Betrieb überwiegend gerichtet ist, hinter den allgemeinen Stand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse seit Ende 1930 außerordentlich zurückgegangen sind.

Kündigungsschutz

Unter den gleichen Voraussetzungen soll dem Pächter die Möglichkeit gegeben werden, gegen eine Kündigung des Verpächters das Pachteinigungsamt anzurufen.

Endlich ist der für Milchgeldforderungen bis zur diesjährigen Ernte gegebene Vollstreckungsschutz bis zur nächsten Ernte verlängert worden.

Die dargelegten Maßnahmen hat die Reichsregierung nach genauester Abwägung und in voller Klarheit darüber beschlossen, daß es keine Regelung gibt, die alle Wünsche vollständig erfüllt. Sie kennt auch die zahllosen Einwände, die gemacht werden können, und weiß, daß diese Maßnahmen nur ein Anfang sind.

Wieder Fleischverbilligung

Insbesondere kennt die Reichsregierung ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen im Winter nicht zu hungern brauchen. So wird die Fleischverbilligungsaktion wieder in Gang gesetzt werden.

Die Reichsregierung hofft, den Beweis erbracht zu haben, daß sie zwar die friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern erstrebt, ihr sogar schwere Opfer bringt, daß sie aber nicht gewillt ist, das deutsche Volk in einen kosmopolitischen Urbrei zu verwandeln, der jede nationale Kraft und jedes herzhafte An-sich-selbst-Glauben des Volkes erstickt.

Man spricht in der Großstadt so viel von Börse, Zinsen, von Diskont und Pfandbriefen man kalkuliert und taxiert; aber man denkt zu wenig daran, daß es im Leben jedes Menschen und jedes Volkes Dinge gibt, die sich nicht zahlenmäßig erfassen lassen. Dazu gehört die Verbundenheit des Menschen mit der Scholle und mit seinem Heimatland, dazu gehört das Gefühl der Ehre und Freiheit. Sie alle stehen nicht in der Handelsbilanz oder in Staatsbudgets, aber ein Volk, das sie verliert, das den Menschen loslöst von seiner heimatlichen Erde, das verliert auch seine Handelsbilanz und seine Staatsbudgets und wird sie nie mehr erlangen.

Das neue Agrarprogramm

Nach den Ausführungen, die Reichsernährungsminister von Braun im Bayerischen Landwirtschaftsrat machte, geht der Beschluß der Reichsregierung dahin, die Einfuhr zahlreicher Agrarprodukte zu kontingentieren. Von unterrichteter Seite wird die Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, d. h. die Bestimmung, daß nur ein bestimmtes, knapp bemessenes Maß dieser Erzeugnisse aus dem Auslande hereinkommen darf, als das Kernstück der besonderen Aufbaumaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft bezeichnet. Nach gewissenhafter Prüfung sei die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß ohne Gesundung unserer Landwirtschaft ein Wiederaufbau unserer Gesamtwirtschaft nicht möglich sei. Mit Zöllen habe man infolge der handelspolitischen Bindungen nicht operieren können.

Gegenüber der einseitig auf Förderung der Export-Industrie gerichtet gewesenen Handelspolitik der Nachkriegszeit habe die Landwirtschaft von vornherein darauf hingewiesen, daß die handelsvertragsmäßige Festlegung des Zollschutzes dann zu einer schweren Gefahr werden würde, wenn auf den Weltmärkten Preisstörungen eintreten. Es habe sich auch gezeigt, daß, als die Uebererzeugung von Getreide in der Welt zu völligem Preisverfall führte, auch die deutsche Landwirtschaft in diesen Strudel hineingezogen und die Aufrechterhaltung der deutschen Getreideerzeugung ernstlich in Frage gestellt worden sei. Beim Getreide habe man rechtzeitig die Zollbindungen beseitigt, worauf sich sofort erwies, daß bei Vorliegen geeigneter Produktionsbedingungen und unter dem erforderlichen Schutz die deutsche Landwirtschaft ihre Erzeugung zu steigern vermag, daß ferner ein angemessenes Preisniveau überall dort möglich sei, wo Deutschland einen Zuschußbedarf, wenn auch nur in geringem Umfange habe.

Die immer mehr um sich greifende Wirtschaftskrise habe im weiteren Verlauf dazu geführt, daß Preiszusammenbrüche wie beim Getreide auch bei der Veredelungswirtschaft eintreten. Deutschlands Veredelungswirtschaft sei völlig unrentabel geworden, weil wir infolge der noch immer bestehenden Zollbindungen den Schutz gegenüber den preiszerstörenden Einwirkungen des Auslandes bisher nicht ausreichend verstärken konnten. Es sei daher notwendig, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Ausland so zu beeinflussen, daß nicht nur der Absatz der Inlandsproduktion zu angemessenen Preisen ermöglicht werde, sondern im Interesse der Arbeitsbeschaffung darüber hinaus die im heimischen Boden liegenden Erwerbsmöglichkeiten auf das äußerste ausgenutzt würden. Gegenüber den befürchteten Mißstimmungen im Auslande sei auf die von der Internationalen Landwirtschaftlichen Kommission in Lausanne im Juli einstimmig angenommene Entschließung zu verweisen, die die Einfuhrkontingente bestätigt. Solange die gegenwärtige starke Arbeitslosigkeit andauere, werde auch jetzt die Landwirtschaft nicht mit Preisen rechnen können, die bei allen Erzeugnissen auf früherer Höhe liegen.

Ueberaus wichtig in des Ministers Rede ist auch der Abschnitt, der von der Entlastung vom Zinsendruck handelt. Die deutsche Landwirtschaft habe seit Jahren Milliardenverluste zu verzeichnen, die entweder zu Lasten der Substanz gingen oder zu einer wachsenden Verschuldung führten. Eine der wichtigsten Verlustquellen sei seit der Stabilisierung zweifellos die Zinslast. Nach Beendigung der Inflation habe die Landwirtschaft, da sie ihre Ernte bereits weitgehend gegen Papiermark verkauft hatte, teure Kredite aufnehmen müssen für eine ordnungsmäßige Betriebsführung. Sie sei auch der Parole auf Intensivierung der Produktion gefolgt, ohne daß die amtliche Wirtschaftspolitik die Schlußfolgerungen einer Sicherung angemessener Rentabilität aus dieser Parole gezogen hätte. Die infolgedessen wachsende Verschuldung habe zur Folge, daß die Zinslasten der deutschen Landwirtschaft gegenwärtig etwa 850 Millionen RM jährlich betragen.

Die beschlossene Erleichterung der Zinslast werde zwar nicht die Wirkung haben, daß nun alle Niederbrüche vermieden und alle individuellen Akkorde entbehrlich würden, aber doch für die weitaus umfassende Mittelgruppe der Betriebe die Voraussetzungen für die Gesundung bringen. Im Wirtschaftsjahr 1931/32 habe die deutsche Landwirtschaft zu zahlen an Barlöhnen rund 1345 Millionen, an Zinsen 850, an Steuern 566 und an Sozialversicherung 244 Millionen RM. Soweit möglich, habe hinsichtlich der Barlöhne die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September Erleichterungen gebracht, so daß als wichtigste Belastungsfaktoren die Zins- und die Steuerlasten bleiben. Bei den Steuern bringe die Notverordnung vom 4. September Erleichterungen im Gesamtumfang von rund 160 Millionen. Der landwirtschaftliche Fehlbetrag, der auch für 1931/32 noch auf 1,2 Milliarden geschätzt werde, könne nur beseitigt werden, wenn gleichzeitig bei den Preisen, Löhnen, Steuern und sonstigen Abgaben, nicht zuletzt aber bei den Zinsen vorgegangen werde. Verzichte der Gläubiger für die nächsten Jahre auf einen Teil seiner Zinsansprüche, dann könne er sein Kapital retten. Die Tatsache der Kapitalflucht in Länder mit niedrigerem Zinsfuß beweise, daß der Gläubiger zu einem gewissen Zinsverlust bereit sei, wenn er das Kapital zu retten vermöge. Wer behaupte, daß die Zinserleichterung gegen Treu und Glauben verstoße, müsse auch die Gegenbehauptung gelten lassen, daß bei der gegenwärtigen Deflation die Aufrechterhaltung der Verträge ein Unrecht gegenüber dem Schuldner sei. Die grundsätzliche Stellung der Reichsregierung zur Entwicklung der privatwirtschaftlichen Initiative werde durch die beschlossene Zinssenkung nicht berührt, zumal diese nur für die Dauer von zwei Jahren erfolge. 40 Prozent der im Hauptberuf Selbständigen seien Landwirte. Dieser großen Zahl selbständiger Unternehmen könne ohne Zinssenkung die Aufwärtsentwicklung nicht ermöglicht werden.

Dr. Schnee gegen Herriot

Berlin, 27. September.

Bei dem Empfang, den der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände für seinen aus Ostasien zurückgekehrten Präsidenten, den früheren Gouverneur Schnee, gab, nahm Dr. Schnee auch Stellung zu der Rede, die der französische Ministerpräsident Herriot am Sonntag in Gramat gehalten hat. Dr. Schnee erklärte, selbst der Beredsamkeit des französischen Ministerpräsidenten werde es nicht gelingen, der Welt einzureden, daß Frankreich abrüstungsfreundlich sei. Jeder praktische Abrüstungsvorschlag, von welcher Seite er auch immer gekommen sei, sei auf der Abrüstungskonferenz auf den Widerstand Frankreichs gestoßen. Die Rede Herriots sei der offenbare Versuch, Deutschland in der Abrüstungsfrage vor der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Es sei geradezu grotesk, daß die einzige abgerüstete Großmacht, also Deutschland, von der stärksten Militärmacht der Welt, nämlich von Frankreich, dafür verantwortlich gemacht werden solle, daß die Welt abrüste.

Deutschland fordere auf Grund einwandfreien Rechtstitels nach wie vor die allgemeine Abrüstung und die deutsche Gleichberechtigung. Nur weil sich die Abrüstungskonferenz unter der Führung Frankreichs bisher weder zu einer wirklichen Abrüstung noch zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage bereitgefunden habe, habe sich Deutschland aus ihr zurückgezogen. Man gäbe Deutschland die Gleichberechtigung und seine Teilnahme an den weiteren Verhandlungen sei sichergestellt.

Beschwerden und Vorstellungen

Revision der preußischen Landkreis-Verordnung.

Die kommissarische preußische Staatsregierung wird noch zu Anfang dieser Woche in einer Kabinettssitzung sich mit den Beschwerden, Eingaben und mündlichen Vorstellungen ausführlich beschäftigen, die bezüglich der Verordnung über die Neugliederung der Landkreise bei der Regierung vorgebracht wurden. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung verlangen wird, die offensichtlich schwierigen Verhältnisse wieder zu beseitigen, die durch die Verordnung in einzelnen Landesteilen entstanden. Man kann sogar annehmen, daß die Verordnung auch die eine oder andere wesentliche Aenderung bringen wird, etwa dahin, daß einzelne Landkreise deren Auflösung zunächst vorgesehen war, nun selbständig bestehen gelassen werden.

Ueber diese Aenderungen hinaus dürfte die Regierung aber nicht gewillt sein, auf diesem Teilgebiete der Verwaltungsreform mit sich handeln zu lassen.

Das wird insbesondere gelten müssen gegenüber den mehr als 50 Eingaben, die von Landkreisen, Gemeinden und anderen Interessenten gegen diese Verordnung beim Preußischen Landtag eingebracht wurden und deren Erfüllung die gesamte Verordnung praktisch beseitigen müßte. Parlamentsbeschlüsse auf Aufhebung der ganzen Verordnung, die an sich nicht unwahrscheinlich sind, würden von der Regierung nicht ausgeführt werden.

Das 20. Gordon-Bennett-Wettfliegen

Basel, 27. September.

Vom 20. Gordon-Bennett-Flug der Freiballons lagen am Montagabend neun Landemeldungen vor. Als erster ging der deutsche Ballon „Deutschland" bei Freiwaldau an der deutsch-tschechischen Grenze nieder. Ebenfalls in der Tschechei landete der österreichische Ballon „Ernst Brandenburg". Ferner landeten ein polnischer Ballon bei Warschau, zwei schweizerische bei Kalisch und Gleiwitz, sowie der deutsche Ballon „Barmen" bei Kelisch im Reg.-Bez. Oppeln und ein französischer Ballon in der Nähe von Falkenberg. Der dritte deutsche Ballon „Stadt Essen" ist unter Führung des bekannten Ballonführers Kaulen bei Zelechow in Polen gelandet.

Kaffee Hag trinken heißt: etwas für die Gesundheit tun. – Und wer wollte das nicht?

ROMAN VON ERICH KUNTER

LICHT DER EWIGKEIT

Vertrieb: Romanverlag K. & H. Greiser, G. m. b. H., Rastatt

2)

Bis er durch gute Freunde mit dem Direktor des Phaeton-Verlages bekannt wurde und ihm von seinem neuesten Romanwerk, „Meteor fällt auf Deutschland", erzählte.

Der Verlagsdirektor, ständig auf der Suche nach dem Erfolgsmanuskript, war von dem Sujet gefesselt und bat Brilon, das Manuskript einzureichen. Ueberglücklich tat es Brilon, und man machte ihm Hoffnungen.

*

Jetzt beginnt die seltsame Geschichte Bert Brilons.

I.

Am Morgen eines Tages, der grau und trüb war wie viele seiner herbstlichen Vorgänger in den schmutzigen Straßen der Großstadt, erwachte Bert Brilon mit einem Gefühl, das die untrügliche Ahnung der Wirklichkeit hervorbringt. Er wußte mit absoluter Sicherheit, daß dieser Tag den Wendepunkt in seinem Leben bedeutete, und daß ihm zugleich etwas sehr Schweres bevorstehe.

Er erhob sich von seinem Lager — einer einfachen Matratze mit Kopfkissen und Kamelhaardecke — machte nackt einige Atemübungen und wusch sich kalt vom Kopf bis zu den Füßen. Das erfrischte und gab neue Spannkraft; doch gelang es ihm nicht, das unbehagliche Gefühl, mit dem er aufgestanden war, ganz zu bannen.

Schritte, die ihm bekannt waren, kamen die letzte Treppe zum vierten Stock herauf. Kurz darauf klopfte es an der Tür.

„Das Schicksal klopft", dachte er, und es war ihm, als ob er ein Verbrecher sei, der genau weiß, daß draußen die Kriminalbeamten stehen, die ihn verhaften wollen.

Ein Lächeln grub sich in die Mundwinkel seines scharfgeschnittenen, von dunkeln, schönen Augen beherrschten Gesichtes ein. Der da als verkörpertes Schicksal drohend und unheilschwanger zu ihm kam, war kein Polizeimann, kein Folterknecht oder sonst ein böser Feind, — sondern — unromantisch und banal genug — nur der Postbote.

Brilon öffnete dem Mann die Tür und ließ ihn eintreten. Er unterschrieb einen dargereichten Zettel und empfing dafür das Einschreibepäckchen. Seiner Gewohnheit gemäß, bei Empfang von Geld- und Einschreibesendungen dem Postboten ein Trinkgeld zu geben, drückte er dem Mann etwas kleine Münze in die Hand.

Das Päckchen lag verschnürt auf dem Tisch. So gering war seine Neugier, und so gewiß wußte er, was es enthielt, daß ihn gar nicht gelüstete, es auszupacken. Er schob es beiseite und kochte auf dem Spirituskocher Wasser für den Kaffee.

Er hatte das Bedürfnis nach Wärme, und wenn es ein armseliger Kornkaffee war, ihn fror, scheu sah er ab und zu nach dem verschnürten Päckchen.

Er wußte so genau, was es enthielt.

„Meteor fällt auf Deutschland!" Sein Werk, geschrieben mit seinem Herzblut ... abgelehnt vom Phaeton-Verlag.

Seine letzte Hoffnung, stark wie noch keine je im Leben, sie war zerbrochen.

Alles umsonst ..!

Sie behielten recht, Vater und Mutter .. und die Geschwister, die daheim warm saßen, die nicht kämpften, nicht kämpfen brauchten.

Er öffnete das Päckchen.

Da lag das Manuskript seines Romans: „Meteor fällt auf Deutschland" wohlbehalten wieder vor ihm, wie er es vor acht Monaten abgesandt hatte.

Ein gedruckter Zettel war beigefügt: „Sehr geehrter Herr! Wir haben Ihren Roman mit Interesse gelesen, bedauern aber, von einer Herausgabe als Buch absehen zu müssen, da uns die gegenwärtige Wirtschaftskrise schärfste Beschränkung in der Veröffentlichung neuer Verlagswerke auferlegt. Mit der Ablehnung ist also kein Werturteil verbunden. Indem wir Ihnen für die Möglichkeit der Prüfung bestens danken, zeichnen wir hochachtungsvoll Phaeton-Verlag, ppa. Alfred König."

Bert Brilon stellte sich, die Hände in den Hosentaschen, ans Fenster und blickte nachdenklich auf die Straße hinunter. Das also war das Ende! Das Ende aller seiner Mühen, Hoffnungen, ehrgeizigen Pläne! Der Wechsel auf die Zukunft, den er sich selber vor drei Jahren tatenfroh und siegessicher ausgestellt hatte, war nicht eingelöst worden. Da nutzte keine Beschönigung und keine Selbsttäuschung etwas: er hatte kläglich Schiffbruch erlitten.

Mehrere Stunden saß Bert Brilon fast unbeweglich auf seinem Stuhl. Es kam ihm vor, als sei etwas in ihm zerbrochen, als sei er selber ausgelöscht.

Um zwei Uhr traf er sich wie gewöhnlich mit seiner Freundin Ilse von Stetten, der kleinen Schauspielerin. Eine junge, anmutige Erscheinung, voller Liebreiz, von der es wie flutendes Licht auszugehen schien.

Als sei ein Abglanz ihres Lichtes auf den finster brütenden Mann gefallen, so erhellte sich nun sein Gesicht, aber sie sah doch sofort, daß etwas Außergewöhnliches und Unangenehmes geschehen sein mußte.

Fortsetzung folgt.

In Genf wird weiter geredet.

Genf, 27. September.

Die 13. ordentliche Völkerbundsversammlung wurde durch den Präsidenten des Völkerbundsrats, den irischen Ministerpräsidenten de Valera, eröffnet. Von den 56 Staaten des Völkerbundes sind zwei Staaten durch ihre Ministerpräsidenten, nämlich Frankreich und die Schweiz, vertreten. Achtzehn Staaten haben ihre Außenminister entsandt. Als Vertreter Deutschlands nimmt Reichsaußenminister Freiherr von Neurath an der Eröffnungssitzung teil.

De Valera gab einen Rückblick auf die Arbeiten des Völkerbundes,

Er beschränkte sich dabei auf eine Hervorhebung der wesentlichsten Teile des vergangenen Jahres. Er wies zunächst auf

die Abrüstungskonferenz

hin und meinte, daß ein gewisser Fortschritt bereits verwirklicht worden sei, betonte aber mit aller Entschiedenheit, daß die bisherigen Ergebnisse weit hinter den Erwartungen der Völker zurückgeblieben seien. Das zweite große Ereignis des vergangenen Jahres sei

die Konferenz von Lausanne

gewesen. Die Konferenz habe den Gedanken verstärkt, daß eine sofortige internationale Aktion auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete notwendig sei. Ganz kurz ging der Präsident sodann auf den

chinesisch-japanischen Konflikt

ein. Obgleich die Feindseligkeiten beendet seien, bestünde der Konflikt fort. Ueber den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay bemerkte de Valera nur, jedes Mitglied des Völkerbundes erwarte, daß die Anstrengungen, die bis jetzt zur Beendigung des Konflikts unternommen worden seien, zu einem guten Ende führen würden.

Sehr ausführlich setzte sich de Valera sodann mit der Kritik auseinander, die in immer stärkerem Maße an der Tätigkeit des Völkerbundes geübt werde.

Er erwähnte u. a. den von den verschiedenen Seiten erhobenen Vorwurf, daß die Gleichberechtigung der Staaten in der Praxis des Völkerbundes aufhöre, wenn es sich um wichtige Fragen handele. Das einzige Mittel, um die Kritiker zum Schweigen zu bringen, sei, zu zeigen, daß der Völkerbundspakt ein feierlicher Vertrag sei, dessen Verpflichtungen sich kein Staat entziehen dürfe.

Das Weltrüsten könne nur vermieden werden, wenn die nationalen Rechte gesichert werden, was nur durch eine vorbehaltlose Anerkennung der Grundsätze des Völkerbundspaktes zu verwirklichen sei. Die Existenz des Völkerbundes sei bedroht, wenn die Rüstungen nicht herabgesetzt werden.

Sehr entschieden setzte sich de Valera dann für einen Erfolg der kommenden Weltwirtschaftskonferenz ein.

Zum Präsidenten der diesjährigen Bundesversammlung wurde der griechische Gesandte in Paris, Politis, gewählt, der aus seiner Tätigkeit auf der Abrüstungskonferenz bekannt ist. Von den 50 abgegebenen Stimmen entfielen 44 auf Politis.

Zum Schluß nahm die Versammlung die Verteilung des Arbeitsstoffes auf die verschiedenen Kommissionen der Bundesversammlung vor.

Die deutsche Delegation hat den Antrag eingebracht, daß, wie im vorigen Jahre, auch jetzt wieder in der politischen Kommission die Minderheitenfrage behandelt wird.

Abrüstungsbüro am 10. Oktober

Genf, 27. September.

Das Büro der Abrüstungskonferenz nahm einen Bericht des Präsidenten Henderson über seine Besprechung mit dem deutschen Außenminister von Neurath entgegen. Nach längerer Debatte vertagte sich das Büro auf dem 10. Oktober. Nach dem Wiederzusammentritt im Oktober soll u. a. über die Wiedereinberufung des Hauptausschusses, in dem sämtliche 64 an der Konferenz beteiligten Staaten vertreten sind, entschieden werden.

Ueber den Verlauf der Bürositzung verlautet noch, daß in der Debatte von verschiedenen Seiten erneut die Notwendigkeit einer Behandlung der politischen Frage, also der deutschen Gleichberechtigungsforderung, betont worden ist.

Sensationelle Festnahme bei der AEG

Ingenieur und Vertreter wegen Werkspionage verhaftet.

Berlin, 24. September.

Durch die Berliner Kriminalpolizei konnten zwei aufsehenerregende Festnahmen vorgenommen werden, und zwar wurden ein 40jähriger, seit vielen Jahren bei der AEG. tätiger Betriebsingenieur und einen Tag später ein 62 Jahre alter Vertreter einer Farben- und Lackfabrik nach langwierigen polizeilichen Ermittlungen wegen Werkspionage zu Gunsten ausländischer Firmen festgenommen.

Der Ingenieur hatte von dem Farben- und Lackvertreter jahrelang Schmiergelder für durch ihn vermittelte Aufträge in Höhe von 3 v. H. der jeweiligen Rechnungsbeträge entgegengenommen. Er vermittelte ihm jetzt auf Grund seiner genauen Sachkenntnis ein ausführliches Exposé über die Neukonstruktion einer Maschine, das der Vertreter mehreren ausländischen Firmen der Kabelindustrie vorlegte und zum Kauf anbot. Die Verhandlungen standen kurz vor dem Abschluß, als es der Kriminalpolizei gelang, noch zuzugreifen und den Verkauf zu verhindern. Der Ingenieur und sein Komplize wurden sofort dem Polizeipräsidium eingeliefert und werden sich auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März dieses Jahres, die verschärfte Strafbestimmungen für den Verrat von Betriebsgeheimnissen vorsieht, zu verantworten haben.

Ausflügler in Holland verunglückt

Zwei Deutsche getötet.

Amsterdam, 27. September.

Unweit Amsterdam stieß ein mit 35 deutschen Ausflüglern besetztes Auto aus Bottrop mit einer elektrischen Kleinbahn zusammen und wurde stark beschädigt. Von seinen Insassen wurde eine Dame auf der Stelle getötet, ein zweiter Insasse verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Außerdem wurden noch sechs Fahrgäste schwer und 14 leicht verletzt. Von den Fahrgästen der Kleinbahn kam niemand zu Schaden.

Ein neuer Landeskommandant in Württemberg.

Berlin. Oberst Tscherning, bisher Kommandeur des Artillerieregimentes 5, ist mit Wirkung ab 1. Oktober 1932 zum Landeskommandanten in Württemberg ernannt worden.

Hochverratsverfahren gegen einen kommunistischen Parteifunktionär.

Leipzig. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Bezirksleiter der KPD in Rostock, Arthur Vogt, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu einem Jahr sechs Monaten Festung. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte zwei Jahre Festung beantragt.

Lokales.

Namslau, den 28 September 1932

= **Garnison.** Stabsveterinär Dr. Hoffmann ist mit Wirkung vom 1. Oktober nach Insterburg versetzt. An seine Stelle ist Veterinär Jahn vom 7. Reit. Reg. Breslau nach hier versetzt.

= **Aus der Reichswehr.** Mit Wirkung vom 1. Oktober wird der bisherige Schwadronschef der 1. Schwadron des Reiter-Regiments 11, Rittmeister Weinknecht, zum Reiter-Regiment 1 versetzt und nach Berlin abkommandiert. Die 1. Schwadron übernimmt Rittmeister Freiherr v Funck, der aus dem Reichswehrministerium kommt. Der langjährige Schwadronschef der 1 Schwadron und Standortälteste von Ohlau, Major v Uechtritz, ist zum Lagerkommandanten des Sennelagers ernannt worden.

= **Namslauer Lichtspiele (Grimms Hotel).** Man schreibt uns: Die Verfilmung der so überaus erfolgreichen Operette „Viktoria und ihr Husar" hat nicht lange auf sich warten lassen. Richard Oswald drehte sie im Rahmen der Aufa-Produktion unter Mitwirkung ausgezeichneter darstellerischer und gesanglicher Kräfte. In der Tonfilmfassung der Operette spielt Friedel Schuster, eine Entdeckung Max Reinhardt's, die Rolle der Viktoria und Jo in Petrovich den Husaren. Neben diesen Künstlern wirken mit Ernst Verebes, Gretl Theimer, Else Elster u. a. m. Sämtliche bekannten Schlager wie „Good nighi", „Pardon Madame", „Mausi" u. a sind auch in dem Film zu hören. Dieser interessante Tonfilm läuft ab Freitag in den Namslauer Lichtspielen, worauf jetzt schon hingewiesen wird.

= **Historisches Konzert.** Man schreibt uns: Musikdirektor Gerlach Ohlau hat nach den großen Erfolgen seiner historischen Konzerte im Winter, welche jedem noch in Erinnerung sein werden, ein zweites historisches Konzert herausgegeben, welches das vorjährige noch weit übertrifft. Diese Aufführung, betitelt: „Zur 175jährigen Wiederkehr der Schlacht bei Leuthen" findet am Sonnabend den 1. Oktober im Opitzschen Saale statt. Wir hoffen, daß sie denselben guten Besuch aufweist wie überall in Schlesien. Auch den Herren Saalbesitzern im Kreise Namslau ist diese Aufführung zu empfehlen.

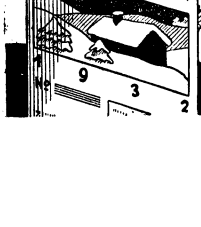
= **Kreisverbandsfest der Frauenhilfen in Bernstadt.** Wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage hatte im Vorjahre kein Kreisverbandsfest der Frauenhilfen stattgefunden. Der zahlreiche Besuch des diesjährigen Festes — es waren fast 500 Frauen gekommen — bewies die Notwendigkeit des gemeinsamen Feierns und des Danksagens — trotz noch schwierigerer Verhältnisse. Wie üblich fand auch diesmal ein Gottesdienst am Nachmittag in der Schloß- und Stadtpfarrkirche in Bernstadt statt. Pfarrer Strömer aus Fürsten-Ellguth predigte nach dem Schriftwort Jakobus 2, 13—17 über Lebendigs Christentum. Dazu soll die Frauenhilfe kommen, lebendiges Christentum, das aus dem Glauben geboren ist und in der Liebe wirksam wird, auszuleben. Der Kirchenchor unter Leitung von Organist Noack sang am Eingang: Sollt ich meinem Gott nicht singen? und später: „Kommt herzu, laßt uns lobsingen!" Nach der gottesdienstlichen Feier begaben sich die Teilnehmer nach dem Turnvater Jahn. Dort begrüßte die Vorsitzende des Kreisverbandes, Frau Superintendent Sudergat, die Erschienenen. Nach der Kaffeepause ergriff Frau Pastor Thea Zimmermann — Schmollen das Wort zum Vortrag über. „Frauenhilfsdienst am Volk". In lebendiger Weise sprach sie von den mancherlei Aufgaben der Frauenhilfe am Volke in leiblicher, sittlicher und seelischer Beziehung. Sie grenzte die Arbeit der Frauenhilfe wohl ab von der bloßen Wohlfahrtspflege. Es kam ihr vielmehr darauf an, daß die Frauenhilfe die innere Spannkraft der Menschen durch die Kräfte des Glaubens belebt neben der äußeren Hilfeleistung, die selbstverständlich als Liebeswerk des Glaubens auch nicht fehlen darf. Schülerinnen der hiesigen Haushaltungsschule brachten dann ein kleines Bühnenstück zur Aufführung: „Der König und die Pfeffernüsse". Das Spiel erregte viel Heiterkeit. Frl. Krämer, die Vorsteherin der Haushaltungsschule, hatte in einer Zwischenpause über die Arbeit der Haushaltungsschule berichtet und um Beschickung derselben gebeten. Nach einem Schlußwort des Superintendenten Sudergat, das den Dank an alle, die mitgewirkt hatten, aussprach, schloß die Veranstaltung gegen Abend. Es bleibt noch zu erwähnen, daß die äußeren Vorbereitungen sehr gut getroffen worden waren. Es wickelte sich alles gut ab. Reichen Schmuck wies die Kirche und auch der Saal auf, die Bewirtung während des Kaffees wurde durch viele Helferinnnen rasch erledigt, die Verlosung kam auch sehr bald in Gang und mancher nahm einen hübschen Gewinn mit nach Hause. Es werden sich alle Teilnehmer gern der gemeinsam verlebten Stunden erinnern und in Gedanken im Laufe des Jahres in den einzelnen Kreisen gewiß noch weiter durchdenken und soweit es möglich ist, in die Tat umsetzen.

Schf—Bernstadt.

Werbt für das Namslauer Stadtblatt.

= **Eine frohe Nachricht** bringt die altbekannte Firma Kaiser's Kaffee-Geschäft ihren Kunden. Lesen wir doch in der heutigen Anzeige, daß Kaiser's auch dieses Jahr wieder Weihnachts-Sparbücher, die allen Kunden große Vorteile bieten, ausgibt. Kommt noch hinzu, daß Kaiser's vom 29. September bis 3. Oktober doppelte Rabattmarken gibt. Da wird keine Hausfrau versäumen, gerade jetzt ihr Weihnachts-Sparbuch zu holen. Nutzen auch Sie diese günstige Gelegenheit.

= **Schlesische Frauenhilfe.** In dem Heim der Schlesischen Frauenhilfe in Obernigk finden in den Monaten Oktober—Dezember die verschiedensten Kurse und Freizeiten statt. Es sei besonders auf die Lehrerinnen Freizeit hingewiesen, die vom 8.—10. Oktober 32 stattfindet, bei der der schlesische Provinzial-Apostolat, Pastor Schulz—Liegnitz, einen Vortrag hält über das Thema „Hilfe in Bibelnot", Frau Direktorin von Wartensleben—Breslau über das Thema „Goetz's religiöse Anschauungen und das Christentum" und Frau Lehrerin Gütiler—Tannhausen über ein soziales Thema sprechen werden. Am 11. Oktober schließt sich eine Pfarrfrauenfreizeit an, die bis 14 Oktober dauert. Bei dieser Freizeit wird Herr Studiendirektor Scheller vom Predigerseminar in Naumburg die Hauptvorträge halten. Auch die Provinzialverbandsvorsitzende, Frau von Gerlach, wird ein Referat übernehmen. Für jede der Freizeiten ist eine Teilnehmerinnengebühr von 6 RM. festgesetzt für Verpflegung, Wohnung usw., der im Bedürfnisfall ermäßigt werden kann. Bei dem darauffolgenden Lehrgang für Vorstandsfrauen auf dem Lande vom 15.—18. Oktober kann die Teilnehmerinnengebühr in Lebensmitteln erstattet werden. Hier sind als Vortragende gewonnen: Frau von Gerlach „Frauenhilfsabende und Frauenhilfsfeste", Pastor Dr. Hoppe—Potsdam „Wie schulen wir Rednerinnen" und „Volk, Staat und Kirche". Der Vorsitzende des Schlesischen Dorfkirchentages, Pastor Teeblin—Schmolz, spricht über die Themen „Der Ton des Dorfes" und „Das Lebendigwerden des Dorfes". Für den November ist unter anderem eine Hebammen-Freizeit vom 5.—7. und ein Sozialer Lehrgang vom 9.—12 November, eine Hebammen-Freizeit vom 14.—18 geplant.



Wir geben doppelten Rabatt

von Donnerstag, 29. Sept. bis Montag, 3. Okt. auf alle Waren (wenige Artikel ausgenommen)!

Verlangen Sie jetzt ein Weihnachts-Sparbuch,

dann nutzen Sie den doppelten Rabatt doppelt aus. Die grossen Vorteile, die unser Weihnachtssparbuch auch dieses Jahr wieder bietet, ersehen Sie aus den Prospekten, die Sie in unseren Filialen erhalten.

10 %

KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

Kommen Sie bitte zu uns

wenn Sie vergessen haben, unsere Zeitung für den Monat Oktober bei dem Postboten zu bestellen. Wir überweisen Ihnen unsere Zeitung ohne Mehrkosten. Haben Sie keine Zeit,

dann bitte

schreiben Sie an uns!

Die Gleichheit der Rüstungen.

Ein Rechenexempel.

In einer schlesischen Schule wurden den Schülern an Hand einer Uebersicht über die Rüstungen einige Rechenaufgaben gestellt. Sie sollten ausrechnen, wieviel Soldaten die einzelnen Länder gemäß ihrer Bevölkerung im Verhältnis zu der deutschen Reichswehr unterhalten dürften. Ueber die interessanten Ergebnisse geht der Schlesischen Zeitung nachstehender Bericht zu:

Deutschland verlangt auf Grund der Zusage im Versailler Vertrage die Abrüstung der anderen Staaten oder die Gleichberechtigung der eigenen Rüstung. Augenblicklich hat Deutschland 63 Millionen Einwohner und darf nach dem Willen der Feinde nur 100000 Mann Soldaten unter den Waffen halten. Es entsteht die Frage, wieviel Soldaten dürfen im gleichen Verhältnis die anderen Staaten aufstellen.

Fangen wir bei Polen an, das nur 27 Millionen Einwohner zählt. Es dürfte im gleichen Verhältnis zu Deutschland nur 43333 Mann Soldaten halten; es besitzt aber 250000 Soldaten also 216667 Mann zuviel.

Frankreich, das an seiner Ostgrenze in der ganzen Länge von Belgien bis hinunter zur Schweiz eine ununterbrochene Kette von Befestigungswerken mit unserem Gelde angelegt hat, zählt nur 40 Millionen Einwohner, und dennoch unterhält es eine Armee von 698000 Mann. Nachdem im Versailler Vertrage den Deutschen gegebenen Versprechen der Abrüstung wären ihm nur 63492 Mann erlaubt, es hat also 634508 Mann zu viel.

Ein Gleiches gilt von dem aus Oesterreich neu herausgeschälten Staate der Tschechoslowakei, der nur 14 Millionen Einwohner umfaßt und jetzt 150000 Soldaten unterhält. Er dürfte nur 22222 Mann führen. Käme der Sinn des Versailler Vertrages zur gerechten Geltung, müßte die Tschechoslowakei 127778 Mann aus dem Heeresdienste entlassen.

Nicht anders steht es in Italien, England und anderen Staaten aus. Man kann aber auch die Frage nach der entgegengesetzten Seite formulieren, indem man sagt: das 40-Millionen-Volk Franzosen braucht 698000 Soldaten, wie viel muß dann Deutschland zur Sicherheit seiner Grenzen, zum Schutz seiner Dörfer und Städte, seiner Fabriken und sonstigen wertvollen Anlagen beanspruchen? Das Exempel ergibt ungefähr 1134000 Mann. Das wäre Gleichberechtigung. Deutschland aber will gar nicht so weit gehen, es will nur eine bessere Ausnutzung des Militäretat und ist zufrieden, wenn ihm die Schleicherschen Forderungen zugestanden werden. Da die Feindstaaten seit 13 Jahren ratlos und immer mehr auf- als abgerüstet haben und den Schandvertrag von Versailles nur für unser wehrloses Vaterland gelten lassen wollen, hat dieses das Recht, auf die endliche Erfüllung des Versprechens der Abrüstung zu dringen. P. A.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 27. September 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Oelsaaten in kleinen Mengen) nicht für Mehl unter 5000 Kilogramm und nicht für volle Wagenladungen in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg	= 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Sämereien	„ 50 kg	
frachtfrei Breslau		
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	
ab Erzeugerstation.		

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.	27. 9.	26. 9.
Weizen (schlesischer) neuer Ernte		
Hektolitergewicht von 76 kg gut, gesund u. trocken	210.00	210.00
do. 74 kg, gut, gesund und trocken	208.00	208.00
do. 72 kg, gesund und trocken	203.00	203.00
do. 70 kg, gesund und trocken	196.00	196.00
do. 68 kg, trocken für Müllereizwecke verwendbar	188.00	188.00
Roggen (schlesischer) neuer Ernte		
Hektolitergewicht von 71 kg gesund und trocken	160.00	160.00
do. 69 kg, gesund und trocken	158.00	156.00
Hafer mittlerer Art und Güte	132.00	132.00
Braugerste, feinste	195.00	195.00
do. gute	180.00	180.00
Sommergerste mittlerer Art und Güte	—.—	—.—
Industriegerste, 65 kg	168.00	168.00
Wintergerste, 61–62 kg	160.00	160.00

Tendenz: Ruhig.

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

12% Auf Gero Qualitäts Kaffee

Pfund von 220 - 400 Pfg.

12% Vom 29. Sept. bis 8. Okt.

12% doppelte Rabattmarken

GERLING & ROCKSTROH

Klosterstraße 5.

Diesen Rat müssen Sie befolgen!

Waschen, Abseifen und Schrubben nur mit dem seit über 50 Jahren bewährten **Dr. Thompson's Schwan-Pulver.** Unübertroffen in Reinigungskraft und Billigkeit. Paket nur 24 Pfennig, Doppelpaket nur 44 Pfennig. Sie kennen doch die rote Packung mit dem Schwan.

Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfennig.

Die neuen Ordnungen betr. Erhebung von Marktstandsgeld hängen an der Rathaustafel aus.

Namslau, den 21. September 1932.

Der Magistrat.
J. V.:
gez. Wechmann.

Inserieren bringt Gewinn

Lehrlingseinstellung.

Zu Ostern 1933 werden Schlosser-, Dreher- und Kesselschmiedelehrlinge eingestellt. Bewerbungsgesuche werden bis 15. Oktober d. Js. angenommen. Letztes Schulzeugnis und Geburtsurkunde sind beizufügen.

Reichsbahnausbesserungswerk Oels.

Priv. Schützengilde Namslau.

Donnerstag, den 29. September, ab 2 Uhr nachmittags Schießen auf eine gestiftete Ehrenscheibe mit Medaille auf Dauer der Mitgliedschaft.

1434. **Hosemann,** Schützenmeister.

Reform- und Gesundheits-Erzeugnisse

wie: Haferperlen (Hafermark), Birkensaft, Brennesselsaft, Huflattichsaft, Knoblauchsaft, Meerrettichsaft, Möhrensaft, Schafgarbesaft, Selleriesaft, Spitzwegerichsaft, Zinnkrautsaft, Zwiebelsaft, Thymiansaft pp. hält vorrätig

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Sonnabend, den 1. Oktober

bleiben unsere Geschäftsräume hoher Feiertage wegen für den Verkauf

geschlossen

dagegen aber am

Sonntag, den 9. Oktober

bis 5 Uhr nachmittag

für den Verkauf **geöffnet.**

Kaufhaus W. Glaser

Namslau.

Wir drucken alles

Formulare
Briefumschläge
Prospekte / Plakate
Briefbogen / Postkarten
Rechnungen / Lohnlisten
Familien-Drucksachen jeder Art
Adresskarten / Lieferscheine
Quittungen / Zahlkarten
Vereinsdrucksachen
Rabattmarken
usw. usw.

Namslauer Druckerei-Gesellschaft

Fernruf 94 m. b. H. Fernruf 94

Andreas-Kirchstraße Nr. 13

Ein gebrauchter

Plauwagen

steht zum Verkauf in

Pangau, Kr. Oels
Haus Nr. 15.

Gute

Pension

für Schülerinnen unter günst. Bed. (Beauff. der Schularb.) bei

Frau Dir. Taesler
Oels, Magazinstr. 16a, I.

Zwangsversteigerungen.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung zwangsweise versteigert: **Donnerstag, den 29. September** um **9 Uhr** in **Eckersdorf** (Bieterversammlung Gasthaus Houscha) **1 Singernähmaschine.**

Reimann, OGerVollz.

Konkursmassen-Verkauf.

In der Konkurssache Julius Eckert, Namslau soll das Warenlager im Kleinverkauf abgesetzt werden. Es gelangen zum Verkauf: Herren-, Damen- und Kinderschuhe, sowie Filzschuhe. Der Verkauf findet täglich im Geschäftslokal Bahnhofstraße 2 statt.

Auf die Verkaufspreise wird ein Kassenrabatt von 25 Prozent gewährt.

Der Konkursverwalter.

Warum? lassen Sie Ihre alten **Damen- u. Herrenhüte** nicht wieder reinigen und umpressen. Dieselben werden doch wieder wie neu.

E. Horn, Hospitalstr.

Die neuesten Modelle sind eingetroffen.

Werbt für das „Namslauer Stadtblatt".

Neu erschienen:

Kalender für 1933:

Der gemittliche Schläfinger
Schlesischer Bauern-Kalender
Köhler's Flotten-Kalender
Lahrer Hinkenden Boten, historischer Kalender
Kalender für Pult und Tasche
Wochen-Abreiß-Kalender
Blumenschmidts Abreiß-Kalender
Kalender-Abreißblocks
Portemonnaie-Kalender

zu haben in der

Buch- u. Papierhandlung Oskar Opitz

Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Andreas-Kirchstraße 13.